

11615/14

(OR. en)

PRESSE 385
PR CO 39

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3327. Tagung des Rates

Wirtschaft und Finanzen

Brüssel, 8. Juli 2014

Präsident **Pier Carlo Padoan**
Minister für Wirtschaft und Finanzen
Italien

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat beriet über das Arbeitsprogramm des italienischen Vorsitzes im Bereich Wirtschaft und Finanzen und gab eine Erklärung zu **Wirtschaftswachstum und Reformen** ab.*

*Der Rat nahm eine Änderung von Besteuerungsvorschriften der EU an, mit denen eine **doppelte Nichtbesteuerung** von innerhalb von Unternehmensgruppen ausgeschütteten Dividenden aufgrund von Gestaltungen mit Hybridanleihen verhindert wird. Hiermit wird eine Gesetzeslücke geschlossen, mit deren Hilfe Konzerne bislang Diskrepanzen zwischen nationalen Steuervorschriften ausnutzen konnten, um einige Arten von innerhalb der Gruppe verteilten Gewinnen nicht zu versteuern.*

*Der Rat nahm an die Mitgliedstaaten gerichtete länderspezifische Empfehlungen zur **Wirtschafts- und Haushaltspolitik** nach Billigung durch den Europäischen Rat an und schloss damit das diesjährige Europäische Semester ab. Ferner sprach er eine spezifische Empfehlung an das Euro-Währungsgebiet insgesamt aus.*

INHALT¹

TEILNEHMER	5
 ERÖRTERTE PUNKTE	
ARBEITSPROGRAMM DES VORSITZES	7
STRATEGIE EUROPA 2020 FÜR BESCHÄFTIGUNG UND WACHSTUM.....	9
BESTEuerung VON ZINSERTRÄGEN – ABKOMMEN MIT DRITTSTAATEN.....	10
SONSTIGES	11
– Bankenabwicklung	11
TREFFEN AM RANDE DER RATSTAGUNG	12
 SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE	
<i>WIRTSCHAFT UND FINANZEN</i>	
– Europäisches Semester – wirtschafts- und haushaltspolitische Empfehlungen.....	13
– Unternehmensbesteuerung – Mutter-und-Tochtergesellschaftsrichtlinie	13
<i>AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN</i>	
– Restriktive Maßnahmen – Belarus	14
– EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus und die Krise in Georgien	14
<i>GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK</i>	
– Beteiligung Kolumbiens an Krisenbewältigungsoperationen der EU	14
<i>ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN</i>	
– Sonderbericht des Rechnungshofs betreffend durch die EU geförderte Projekte im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs	15

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse von Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

JUSTIZ UND INNERES

- Europol – Allgemeiner Bericht 2013..... 15
- Europäische Polizeiakademie – Jahresbericht 2013 15

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

- EWR-Abkommen – Programm "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft"..... 15
- EWR-Abkommen – Fazilität "Connecting Europe" 16
- EWR-Abkommen – Umwelt 16

ENERGIE

- Nukleare Sicherheit 16

BESCHÄFTIGUNG

- Tagung der Minister für Arbeit und Beschäftigung der G20..... 16

FISCHEREI

- Atlantischer Thunfisch – Bei der ICCAT einzunehmender Standpunkt der EU 17

TRANSPARENZ

- Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten 17

ERNENNUNGEN

- Ausschuss der Regionen..... 17

TEILNEHMER**Belgien:**

Koen GEENS

Minister für Finanzen, zuständig für den Öffentlichen Dienst

Bulgarien:

Petar CHOBANOV

Minister der Finanzen

Tschechische Republik:

Martin PROS

Stellvertretender Minister, Ministerium der Finanzen

Dänemark:

Margrethe VESTAGER

Ministerin für Wirtschaft und Inneres

Deutschland:

Wolfgang SCHÄUBLE

Bundesminister der Finanzen

Estland:

Jürgen LIGI

Minister der Finanzen

Irland:

Declan KELLEHER

Ständiger Vertreter

Griechenland:

Gikas HARDOUVELIS

Minister der Finanzen

Spanien:

Luis DE GUINDOS JURADO

Minister für Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit

Frankreich:

Bruno BEZARD

Generaldirektor für öffentliche Finanzen

Kroatien:

Boris LALOVAC

Minister der Finanzen

Italien:

Pietro Carlo PADOAN

Minister für Wirtschaft und Finanzen

Zypern:

Harris GEORGIADES

Minister der Finanzen

Lettland:

Ilze JUHANZONE

Ständige Vertreterin

Litauen:

Algimantas RIMKŪNAS

Stellvertretender Minister der Finanzen

Luxemburg:

Pierre GRAMEGNA

Minister der Finanzen

Ungarn:

Gábor ORBÁN

Staatssekretär, Ministerium für nationale Wirtschaft

Malta:

Edward SCICLUNA

Minister der Finanzen

Niederlande:

Jeroen DIJSSELBLOEM

Minister der Finanzen

Österreich:

Jochen DANNINGER

Staatssekretär, Bundesministerium der Finanzen

Polen:

Mateusz SZCZUREK

Minister der Finanzen

Portugal:

Maria Luís ALBUQUERQUE

Ministerin der Finanzen

Rumänien:

Ioana-Maria PETRESCU

Ministerin für öffentliche Finanzen

Slowenien:

Uroš ČUFER

Minister der Finanzen

Slowakei:

Vazil HUDÁK

Staatssekretär, Ministerium der Finanzen

Finnland:

Antti RINNE

Minister der Finanzen

Schweden:

Peter NORMAN

Minister für den Finanzmarkt

Vereinigtes Königreich:

Nicky MORGAN

Financial Secretary, Schatzamt, und Ministerin für Frauen

Kommission:

Siim KALLAS

Vizepräsident

Michel BARNIER

Vizepräsident

Algirdas ŠEMETA

Mitglied

Andere Teilnehmer:

Vitor CONSTÂNCIO

Vizepräsident der Europäischen Zentralbank

Werner HOYER

Präsident der Europäischen Investitionsbank

Thomas WIESER

Vorsitzender des Wirtschafts- und Finanzausschusses

Jens GRANLUND

Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses

ERÖRTERTE PUNKTE

ARBEITSPROGRAMM DES VORSITZES

Der Rat hat Kenntnis von den Erläuterungen des italienischen Vorsitzes zu seinem Arbeitsprogramm im Bereich Wirtschaft und Finanzen für seine Amtszeit, die von Juli bis Dezember 2014 dauert, genommen ([11285/14](#)).

Er führte einen Gedankenaustausch.

Der Rat hat die folgende Erklärung angenommen:

"Erklärung des Rates

Folgeberatungen über Wachstum und Reformen

Der Rat unterstützt die Ziele des italienischen Vorsitzes, die darauf gerichtet sind, Wachstum und Arbeitsplätze im Wege einer gemeinsamen Reformanstrengung zu fördern, insbesondere durch Vollendung des Binnenmarkts, Unterstützung von Strukturreformen zur Steigerung des Wachstumspotenzials der Wirtschaft und durch Förderung der Investitionstätigkeit, die während der Krisenzeit schwer beeinträchtigt gewesen ist.

In Anbetracht der Ergebnisse der Beratungen der Minister und wie vom Europäischen Rat auf seiner Tagung im Juni vereinbart, sollte Strukturreformen, die das Wachstum steigern und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, auch durch eine angemessene Bewertung der fiskalischen Maßnahmen und Strukturreformen unter optimaler Nutzung der in den geltenden Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts enthaltenen Flexibilität. Wachstumsförderung und Haushaltskonsolidierung verstärken sich gegenseitig.

In diesem Zusammenhang wird die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum 14. Dezember 2014 über die Anwendung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung Bericht erstatten, wie dies im EU-Recht ("Sechserpaket" und "Zweierpaket") vorgesehen ist.

Ein weiterer Gedankenaustausch, der insbesondere Investitionsmöglichkeiten und Strukturreformen zum Gegenstand haben soll, wird beim informellen Treffen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) im September stattfinden."

* * *

Im Programm sind folgende Ziele dargelegt:

- *Wirtschaftspolitik:* Der Vorsitz wird eine neue europäische wirtschaftspolitische Agenda vorschlagen, die auf Strukturreformen und Investitionen in Wachstum und Arbeitsplätze beruhen soll. Er wird an der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion gemäß den Leitlinien des Berichts "Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion" weiterarbeiten¹.
- *Bankenunion:* Der Vorsitz wird die Aufsicht über weitere Schritte auf dem Weg zur Bankenunion führen, insbesondere über den für November vorgesehenen Start des einheitlichen Aufsichtsmechanismus, die Einsetzung des Ausschusses für die einheitliche Abwicklung und die Ratifizierung des zugehörigen zwischenstaatlichen Übereinkommens durch die teilnehmenden Mitgliedstaaten. Zudem wird er die Richtung für die Aufsicht des Rates und dessen Mitteilungen über den Abschluss der vereinbarten umfassenden Bilanzbewertung und die Folgemaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene vorgeben.
- *Finanzdienstleistungen:* Zu den Prioritäten gehören die Stärkung der Regulierung der Finanzmärkte im Hinblick auf die Erleichterung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft und die Aufrechterhaltung des Vertrauens in das Funktionieren von Finanzmärkten und Finanzinstituten. Der Vorsitz wird die Verhandlungen über alle Gesetzgebungsdossiers vorantreiben mit dem Ziel, insbesondere die Gesetzgebung über die Schaffung einer neuen Kategorie von zusammengelegten Mitteln für langfristige Investitionen, die "europäischen langfristigen Investitionsfonds", zum Abschluss zu bringen. Er wird auch das Ziel der Fertigstellung eines neuen Regulierungsrahmens für die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verfolgen. Er wird eine Einigung innerhalb des Rates über mögliche Verbesserungen des Funktionierens des Europäischen Finanzaufsichtssystems anstreben sowie an einer vorgeschlagenen Verordnung, die auf die Wiederherstellung des Vertrauens in Referenzwerte abstellt, und an der Aktualisierung der Gesetzgebung zu Zahlungssystemen zwecks Abbaus der Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten arbeiten.
- *Besteuerung:* Der Vorsitz wird sich bemühen, die Beratungen über eine vorgeschlagene Richtlinie zur Ausweitung des automatischen Informationsaustausches zwischen den Steuerverwaltungen im Einklang mit neuen internationalen Standards zum Abschluss zu bringen. Er wird die Verhandlungen mit Drittländern über die Überarbeitung von Abkommen im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen verfolgen. Die Beratungen über Verbesserungen der Zusammenarbeit der Verwaltungen im Bereich der MwSt, die Änderung der Mutter-und-Tochtergesellschaftsrichtlinie und missbräuchliche hybride Gestaltungen werden fortgeführt. Auf der Grundlage der Arbeit der OECD über Gewinnkürzung und -verlagerung und der parallelen Arbeit auf Unionsebene werden die Beratungen über die Besteuerung der digitalen Wirtschaft fortgeführt. Der Vorsitz wird die Beratungen über Verbesserungen des MwSt-Systems, insbesondere über Vorschläge betreffend eine Standard-Mehrwertsteuererklärung und die mehrwertsteuerliche Behandlung von Gutscheinen, fortsetzen und auf eine Einigung über die Energiebesteuerung und über eine vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer hinarbeiten.

¹ http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/134069.pdf

STRATEGIE EUROPA 2020 FÜR BESCHÄFTIGUNG UND WACHSTUM

Der Rat hat über die bevorstehende Halbzeitüberprüfung der Strategie Europa 2020 beraten; er hat sich dabei mit der Frage befasst, wie die Strategie besser zu Wachstum und Beschäftigung beitragen könnte, sowie mit der Rolle der Strategie im Rahmen der jährlichen Überwachung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik, dem *Europäischen Semester*.

Der Europäische Rat hat im März die Umsetzung der Strategie geprüft, und die Kommission hat im Mai im Rahmen ihrer Arbeit an dieser Überprüfung eine öffentliche Konsultation eingeleitet; sie wird voraussichtlich Anfang 2015 Vorschläge vorlegen.

Der Rat beriet über Möglichkeiten für eine Verbesserung der Wirksamkeit der politischen Maßnahmen und über die Frage, wie die Umsetzung der Strategie durch das *Europäische Semester* verbessert werden könnte.

Der Vorsitz wird während des zweiten Halbjahres Aussprachen in mehreren Ratsformationen anberaumen. Im Dezember wird er einen Bericht ausarbeiten, der Orientierungen für nachfolgende Kommissionsvorschläge enthalten wird, die auf eine Verbesserung der Umsetzung der Strategie abstellen.

Die Strategie Europa 2020, die im Juni 2010 angenommen wurde, beinhaltet fünf Kernziele in Bezug auf Beschäftigung, Bildung, soziale Inklusion, Innovation und Klimaschutz/Energie. Sie war ein Schlüsselement der Reaktion der Union auf die weltweite Wirtschaftskrise.

BESTEuerung VON ZINSErTRÄGEn – ABKOMMEN MIT DRITtSTAATEN

Der Rat ist von der Kommission über den Stand der Verhandlungen mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco und San Marino über den Ausbau ihrer Abkommen mit der EU über die Besteuerung von Zinserträgen unterrichtet worden.

Der Rat hat der Kommission im Mai 2013 den Auftrag erteilt, Änderungen dieser Abkommen auszuhandeln, mit denen die Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden sollen, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung besser zu bekämpfen.

Damit soll sichergestellt werden, dass die fünf Staaten weiterhin Maßnahmen anwenden, die denjenigen gleichwertig sind, die in der EU-Richtlinie betreffend den Informationsaustausch über Zinserträge festgelegt sind, die im März¹ unter Berücksichtigung internationaler Entwicklungen in diesem Bereich aktualisiert wurde.

Der Europäische Rat hat im März die Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco und San Marino aufgerufen, sich uneingeschränkt zu verpflichten, den von der OECD entwickelten und von der G20 gebilligten einheitlichen weltweiten Standard für den automatischen Informationsaustausch umzusetzen. Er hat die Kommission aufgefordert, die Verhandlungen bis Jahresende abzuschließen.

Der Rat wird die Fortschritte, die bei den Verhandlungen erzielt werden, genau verfolgen.

¹ Pressemitteilung [7524/14](#).

SONSTIGES

– *Bankenabwicklung*

Der Rat wurde von der Kommission über die Ausarbeitung von Durchführungsvorschriften zu den Beiträgen unterrichtet, die von den Banken in die Abwicklungsfonds einzuzahlen sind, die gemäß den kürzlich vereinbarten Vorschriften über die Bankenabwicklung eingerichtet werden. Er führte einen Gedankenaustausch.

TREFFEN AM RANDE DER RATSTAGUNG

Am Rande der Ratstagung fanden folgende Treffen statt:

– ***Makroökonomischer Dialog mit den Sozialpartnern***

Am 7. Juli führten die Vorsitztroika, die Kommission, die Europäische Zentralbank und der Präsident der Euro-Gruppe einen Dialog zu makroökonomischen Fragen mit den Sozialpartnern (Arbeitgeber und Gewerkschaften auf EU-Ebene sowie Vertreter von öffentlichen Unternehmen und KMU). Der Dialog hatte die wirtschaftliche Lage und die Prioritäten des italienischen Vorsitzes zum Gegenstand.

– ***Euro-Gruppe***

Die Minister der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets traten am 7. Juli zu einer Sitzung der Euro-Gruppe zusammen. Sie berieten über das wirtschaftliche Anpassungsprogramm Griechenlands, die das Euro-Währungsgebiet betreffenden Aspekte der Bankenunion und den Prozess des Beitritts Litauens zum Euro-Währungsgebiet. Sie berieten ferner über das Thema der Reformen zur Verringerung der hohen steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit im Hinblick auf die Förderung von Wachstum und Beschäftigung.

– ***Tagung des ESM-Gouverneursrates***

Am 7. Juli fand eine Tagung des Gouverneursrates des Europäischen Stabilitätsmechanismus statt.

– ***Frühstückstreffen der Minister***

Bei einem Arbeitsfrühstück erörterten die Minister die Wirtschaftslage und damit zusammenhängende politische Fragen.

– ***Informelle Sitzung***

Während einer informellen Sitzung wurden die Minister von der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde über die laufende Prüfung der Aktiva-Qualität und die laufenden Belastungstests für Banken unterrichtet, deren Ergebnisse im Herbst bekanntgegeben werden.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Europäisches Semester – wirtschafts- und haushaltspolitische Empfehlungen

Der Rat gab Empfehlungen und Stellungnahmen zu den von den Mitgliedstaaten geplanten wirtschafts-, beschäftigungs- und haushaltspolitischen Maßnahmen ab.

Ferner sprach er eine spezifische Empfehlung betreffend die Wirtschaftspolitik im Euroraum aus und gab Erläuterungen für Fälle ab, in denen seine Empfehlungen nicht den von der Kommission vorgeschlagenen Empfehlungen entsprechen.

Mit der Annahme der Texte nach ihrer Billigung durch den Europäischen Rat am 27. Juni wird der derzeitige Überwachungsprozess im Rahmen des *Europäischen Semesters* abgeschlossen.

Einzelheiten siehe Pressemitteilung [11644/14](#).

Unternehmensbesteuerung – Mutter-und-Tochtergesellschaftsrichtlinie

Der Rat nahm eine Änderung von Besteuerungsvorschriften der EU förmlich an, mit denen eine doppelte Nichtbesteuerung von innerhalb von Unternehmensgruppen ausgeschütteten Dividenden aufgrund von Gestaltungen mit Hybridanleihen verhindert wird¹ ([10996/14](#) + [11291/14](#) + [11291/14 ADD1](#)).

Diese Annahme erfolgte im Anschluss an eine politische Einigung auf der Tagung des Rates vom 20. Juni.

Hiermit wird eine Gesetzeslücke geschlossen, mit deren Hilfe Konzerne bislang Diskrepanzen zwischen nationalen Steuervorschriften ausnutzen konnten, um einige Arten von innerhalb der Gruppe verteilten Gewinnen nicht zu versteuern.

Durch die Änderung der Mutter- und Tochtergesellschafts-Richtlinie (2011/96/EU) wird eine doppelte Nichtbesteuerung dadurch unterbunden, dass der Mitgliedstaat der Muttergesellschaft nur insoweit von der Besteuerung der Gewinne der Tochtergesellschaft absehen sollte, als sie von letzterer nicht abgezogen werden können.

Einzelheiten siehe Pressemitteilung [11647/14](#).

¹ Gestaltungen mit Hybridanleihen sind Finanzinstrumente, die sowohl die Merkmale von Fremdkapital als auch von Eigenkapital aufweisen.

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Restriktive Maßnahmen – Belarus

Der Rat änderte im Anschluss an eine Überprüfung die gegen Belarus verhängten Sanktionen der EU.

Angesichts der weiterhin gravierenden Menschenrechtslage nahm er eine weitere Person in die Liste der Personen auf, die restriktiven Maßnahmen unterliegen. Zugleich hat er die Ansicht vertreten, dass keine Gründe mehr dafür vorliegen, die Sanktionen für acht Personen aufrechtzuerhalten.

Dieser Beschluss bedeutet keine Änderung der EU-Politik des kritischen Engagements gegenüber Belarus, wie zuletzt in den Schlussfolgerungen des Rates vom 15. Oktober 2012 dargelegt (siehe [Schlussfolgerungen](#)).

EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus und die Krise in Georgien

Der Rat ernannte Herrn Herbert Salber zum neuen Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Südkaukasus und die Krise in Georgien.

Sein anfängliches Mandat läuft bis Ende Februar 2015. Der Rat billigte überdies für den Zeitraum vom 1. Juli 2014 bis zum 28. Februar 2015 Finanzmittel in Höhe von 1,38 Mio. EUR.

Für weitere Einzelheiten siehe [11662/14](#).

GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Beteiligung Kolumbiens an Krisenbewältigungsoperationen der EU

Der Rat beschloss, ein Abkommen mit Kolumbien zur Festlegung eines Rahmens für seine Beteiligung an EU-Krisenbewältigungsoperationen zu unterzeichnen und zu schließen.

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

Sonderbericht des Rechnungshofs betreffend durch die EU geförderte Projekte im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs

Der Rat nahm die Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 1/2014: "Wirksamkeit von durch die EU geförderten Projekten im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs" an, die in Dokument [11254/14](#) wiedergegeben sind.

JUSTIZ UND INNERES

Europol – Allgemeiner Bericht 2013

Der Rat nahm den allgemeinen Bericht über die Tätigkeiten von Europol im Jahr 2013 zur Kenntnis, der vom Verwaltungsrat von Europol angenommen wurde ([10426/14](#)).

Er wird den Bericht dem Europäischen Parlament informationshalber übermitteln.

Europäische Polizeiakademie – Jahresbericht 2013

Der Rat nahm Kenntnis vom Jahresbericht 2013 über die Europäische Polizeiakademie und billigte ihn ([10580/14](#)).

Er wird den Bericht dem Europäischen Parlament informationshalber übermitteln.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

EWR-Abkommen – Programm "Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft"

Der Rat billigte den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Protokoll 31 des EWR-Abkommens.

Durch die Änderung kann die Verordnung (EU) Nr. 1381/2013 zur Errichtung des Programms über die Rechte, Gleichheit und Unionsbürgerschaft für den Zeitraum 2014-2020¹ in das EWR-Abkommen aufgenommen werden ([10362/14](#)).

¹ ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 62.

EWR-Abkommen – Fazilität "Connecting Europe"

Der Rat billigte den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Protokoll 31 des EWR-Abkommens.

Durch die Änderung kann die Zusammenarbeit der Vertragsparteien in den Bereichen Informationsdienste sowie Forschung und Innovation erweitert werden ([10365/14](#)).

EWR-Abkommen – Umwelt

Der Rat billigte den im Gemeinsamen EWR-Ausschuss zu vertretenden Standpunkt der EU zur Änderung von Anhang 20 des EWR-Abkommens.

Durch die Änderung kann die Zusammenarbeit der Vertragsparteien im Umweltbereich erweitert werden ([10368/14](#)).

ENERGIE

Nukleare Sicherheit

Der Rat nahm eine überarbeitete Richtlinie über nukleare Sicherheit an, mit der EU-weite Ziele im Bereich der nuklearen Sicherheit eingeführt, die Unabhängigkeit und die Rolle der nationalen Regulierungsbehörden gestärkt, die Transparenz im Bereich der nuklearen Sicherheit erhöht sowie die Überwachung und der Erfahrungsaustausch intensiviert werden ([10562/14](#)).

Einzelheiten siehe Pressemitteilung [11320/14](#).

BESCHÄFTIGUNG

Tagung der Minister für Arbeit und Beschäftigung der G20

Der Rat billigte Leitlinien der EU zu den Prioritäten für die EU und ihre Mitgliedstaaten im Hinblick auf eine Tagung der Minister für Arbeit und Beschäftigung der G20, die am 10./11. September in Melbourne, Australien, stattfinden wird.

FISCHEREI

Atlantischer Thunfisch – Bei der ICCAT einzunehmender Standpunkt der EU

Der Rat billigte den von der EU auf der Jahrestagung der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) einzunehmenden Standpunkt.

Vor jeder Jahrestagung der ICCAT wird dafür Sorge getragen, dass der im Namen der Union einzunehmende Standpunkt den neuesten statistischen, biologischen und anderen einschlägigen Informationen Rechnung trägt. Diesbezüglich ist im Beschluss vorgesehen, dass die EU im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen handelt, die sie bei der reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) verfolgt; dies gilt insbesondere für die Zielsetzungen in Bezug auf den höchstmöglichen Dauerertrag im Rahmen des Vorsorgeansatzes gemäß der Verordnung 1380/2013¹.

Die ICCAT ist eine zwischenstaatliche Organisation, die für die Bewirtschaftung und die Erhaltung von Thunfisch und verwandten Arten im Atlantischen Ozean und angrenzenden Meeren zuständig ist.

TRANSPARENZ

Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Der Rat billigte die neue Teilantwort auf den Zweit Antrag Nr. 26/c/02/09 nach dem Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-63/10 (11390/14).

ERNENNUNGEN

Ausschuss der Regionen

Der Rat ernannte Herrn Jens Bo IVE und Herrn Thomas Strecker Lerbak ADELKOV (Dänemark) ([11251/14](#)) sowie Herrn Luciano D'ALFONSO und Herrn Sergio CHIAMPARINO (Italien) ([11355/14](#)) für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2015, zu Mitgliedern des Ausschusses der Regionen.

¹ ABl. L 354 vom 28.12.2013, S. 22.